



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Dr. Linus Förster, Angelika Weikert, Günther Knoblauch, Harald Güller, Dr. Herbert Kränzlein, Doris Rauscher, Reinhold Strobl, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann SPD**

2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014 hier: Ausgaben für die Jugendarbeit (Kap. 10 07 TG 78)

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ansatz der TG 78 (Ausgaben für Jugendarbeit) wird von 24.592,0 Tsd. Euro um 1.365,0 Tsd. Euro auf 25.957,0 Tsd. Euro erhöht.

Begründung:

Der Landtag steht bei den jungen Menschen in Bayern und den Jugendorganisationen im Wort, die Ergebnisse der Enquete-Kommission „Jungsein in Bayern – Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen“ umzusetzen. Das muss sich in einer deutlich besseren finanziellen Ausstattung der Jugendarbeit niederschlagen. Eine Erhöhung ist erforderlich, damit die Kürzungen 2004 gegenüber 2003 (minus 4.081,3 Tsd. Euro) schrittweise rückgängig gemacht werden, die der Jugendarbeit bereits schweren Schaden zugefügt haben.

Die Angebote der Jugendarbeit sind für die persönliche und soziale Entwicklung von großer Bedeutung und helfen jungen Menschen, ihren Platz im Leben und in der Gesellschaft zu finden. Die Erhöhung ist für die Sicherung der Basisförderung, die der Bayerische Jugendring für seine Mitgliedsorganisationen ausreicht, nötig.

Darüber hinaus müssen Schwerpunkte gesetzt werden in einer bedarfsgerechten Ausstattung von:

- Mitarbeiterbildung für Ehrenamtliche in der Jugendarbeit,
- Jugendbildung, insbesondere für politische und kulturelle Bildung,
- Integrationsaufgaben, vor allem für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sowie solchen aus prekären Lebensverhältnissen,
- Projekten der sexuellen Prävention, zur Genderpolitik und in der Mädchen- und Jungen- und Männerarbeit,
- Maßnahmen zur Förderung der Medienbildung und Medienkompetenz bei Kindern und Jugendlichen,
- Investitionen bei Jugendheimen, Jugendfreizeitstätten, Jugendbildungsstätten, Tagungs- und Übernachtungshäusern, Jugendzeltplätzen und Jugendherbergen,
- Zusammenarbeit von Schulen und Jugendorganisationen,
- Bildungsmaßnahmen und Projekten für ein tolerantes und weltoffenes Bayern – gegen Rechtsextremismus.

Mit der beantragten Erhöhung wird lediglich der Mindestbedarf gedeckt. Der tatsächliche Bedarf, der sich aus dem Kinder- und Jugendprogramm der Staatsregierung und aus der Umsetzung der Empfehlungen der Jugend-Enquete-Kommission „Jungsein in Bayern“ ergibt, ist damit bei weitem noch nicht finanziert.